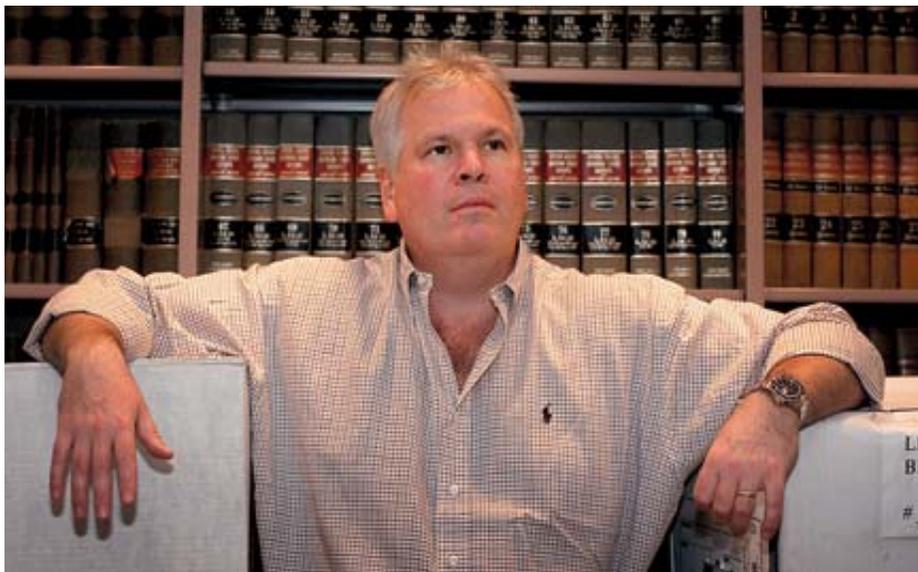


TERRORPROZESS

Im Zweifel: schuldig

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben ein dramatisches Nachspiel – amerikanische Staranwälte klagen jetzt im Auftrag Hunderter Opferfamilien gegen saudi-arabische Spitzenpolitiker, Bankiers und Angehörige des Bin-Laden-Clans. *Von Erich Follath und Georg Mascolo*



ADAM MADEL / POLARIS / STUDIO X

Anwalt Kreindler in seinem New Yorker Büro: „Bei 340 Milliarden Dollar einschlagen“

Bundesrichter Richard Casey, Distrikt New York-Süd, hat folgende Personen aufgefordert, „binnen 60 Tagen“ auf seine Vorladung zu reagieren: Mullah Omar, den untergetauchten Taliban-Chef; Bakr Bin Laden, den Vorstandsvorsitzenden des milliardenschweren Familienkonzerns, der sich 1994 offiziell von seinem Terroristen-Bruder losgesagt hat; Aiman al-Sawahiri, den flüchtigen ägyptischen Qaida-Mitbegründer; Chalid Bin Mahfus, einen der einflussreichsten Unternehmer von Riad – und Osama Bin Laden, den meistgesuchten Mann der Welt.

Diese 5 und über 450 andere Personen und Institutionen, darunter in ganz Nahost bekannte Banken und Stiftungen, werden per Zeitungsanzeige davon in Kenntnis gesetzt, dass sie im Fall „Terroristische Angriffe vom 11. September 2001“ zu den Beschuldigten gehören. Vier Wochen lang wird die erstaunliche „Gerichtliche Bekanntmachung“ mit den Namen der Vorgeladenen jetzt auf Kosten des amerikanischen Steuerzahlers als Anzeige veröffentlicht: in der „International Herald Tribune“, in „USA Today“, auf einer Internet-Website sowie in einer „weitverbreiteten Zeitung des Nahen Ostens“.

Am vergangenen Montag rieben sich die Leser zwischen Pasadena und Paris schon einmal verblüfft die Augen – Osama, bitte

kommen, Mullah Omar ab ins New Yorker Gericht, war das ein Scherz?

Keineswegs, auch wenn Casey sicher nicht mit den Meistgesuchten rechnen dürfte. Die „Legal Notice“ des amerikanischen Bundesrichters ist sogar mit einer konkreten Drohung verbunden: „Wenn die Beklagten nicht reagieren, kann gegen sie ein Versäumnisurteil gefällt werden.“ Das New Yorker Gericht könnte in 60 Tagen Vermögenswerte in den USA beschlagnahmen, und dabei handelt es sich, vor allem bei den Firmen und Stiftungen, wahrlich nicht um Peanuts.

Es geht in dem Vorverfahren mit dem Aktenzeichen 03 MDL 1570, Gerichtsstand Manhattan, um Milliarden. Um Kompensation für die Opfer von Nine-Eleven, der Terroranschläge vom World Trade Center und vom Pentagon – sowie um die juristische Verfolgung der politisch Verantwortlichen, der Finanziers und Mitwisser.

Falls der Prozess wirklich eröffnet wird, dürfte es zu dramatischen, auch politisch höchst brisanten Auseinandersetzungen kommen. Denn über die jetzt in den Zeitungsanzeigen Genannten hinaus sind als Beschuldigte schon vorgeladen worden (und haben inzwischen über Anwälte reagiert): Saudi-Arabiens Innenminister Prinz Naif, Verteidigungsminister Prinz Sultan, der frühere Geheimdienstchef und jetzige

Botschafter in London, Prinz Turki Ibn al-Feisal – prominente Vertreter einer Nation, die offiziell mit Washington im Anti-Terror-Kampf verbündet ist und außerdem einer seiner Hauptlieferanten von Erdöl.

Die Juristen möchten das Weiße Haus dazu zwingen, den bisher seitenlang – und wie es heißt, ausschließlich zum Schutz der Saudis – geschwärzten Terrorbericht des parlamentarischen Geheimdienstausschusses aus dem vergangenen Jahr offen zu legen. Sie wollen nachfragen, warum in den Tagen nach Nine-Eleven so viele Bin-Laden-Familienmitglieder teilweise ohne Befragung durch CIA oder FBI aus den USA geschleust wurden. Nachdem die Regierung in Washington die Terroropfer in einer Goodwill-Geste entschädigt hat (siehe Seite 56), sollen jetzt gegenüber den Ausländern juristische Zwangsmaßnahmen erfolgen.

Was entlarvend für die Bush-Familie mit ihren zahlreichen, auch geschäftlichen Verbindungen nach Riad werden könnte, würde aller Voraussicht nach zum Desaster für das Ansehen des Herrscherhauses. Dem Königreich Saudi-Arabien, international so sehr auf seinen Ruf bedacht, droht eine öffentliche Demaskierung als wahre Brutstätte des Terrors: ein Public-Relations-Tschernobyl. Denn im Fall eines Prozesses wird nicht nur noch einmal die Geschichte der Massenmörder ausgebreitet, 15 der 19 waren ja saudi-arabische Staatsbürger. Sondern es wird auch untersucht, wie Minister der Riader Regierung mit den „Heiligen Kriegerern“ fraternisiert haben.

Wer sind diese vor Selbstbewusstsein strotzenden amerikanischen Rechtsanwälte, die jetzt im Namen von Hunderten Opferfamilien klagen, woher nehmen die berühmt-berüchtigten, „Kings of torts“ („Kompensationskönige“) genannten juristischen Superstars ihre Informationen über Täter und Hintermänner? Und was für ein Typ ist dieser Richter Casey, der Osama Bin Laden vorlädt und möglichen Terrorfinanziers in Nadelstreifen die Hölle heiß macht?

NEW YORK, PARK AVENUE, an einem Portier mit Goldbordüren vorbei, im 18. Stock dann auch an einer Empfangsdame im Designerdress. Hier über den Dächern der Großen, Reichen, Schönen, in Donald-Trump-Territory sozusagen, empfängt Jim



Anschlag auf die Twin Towers in Manhattan am 11. September 2001: „Was für ein Schmerz“

Kreindler, 49, Chef der alteingesessenen Ostküsten-Anwaltskanzlei Kreindler & Kreindler.

Keine protzigen Räume, alles ist klein und fein: das Understatement derer, die ihren Reichtum nicht zeigen müssen. An den Wänden und auf dem Tisch Bilder des Juristen mit seinen fünf Töchtern – und ein Schnappschuss mit Senator John Edwards, dem Anwaltskollegen und Vizepräsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei. „Er ist ein Freund, und wir haben für seinen Wahlkampf gespendet“, sagt der Kanzleichef, als er das Büro betritt.

Kreindler, der im Gerichtssaal und bei öffentlichen Auftritten nur Maßanzüge sowie teure Schlipse und Schuhe trägt, kommt im offenen Hemd. „Casual Friday“, sagt er fast entschuldigend – am Freitag ist man verpflichtet, locker im Büro zu erscheinen. Kreindler ist ein Mann, der sich an Spielregeln hält; das hat er immer getan. Er, der Sohn eines Starjuristen, der mit Bestnoten an Eliteuniversitäten wie schon immer geplant in die Fußstapfen seines berühmten Juristen-Vaters getreten ist.

Silbergraues Haar, breite Schultern, Cornflakes-gesunde, rosarote Wangen, blitzendes Colgate-Werbegebiss. Kreindler lächelt viel, mit dem einnehmenden Wesen eines Mannes, der sein ganzes Leben auf der Gewinnerseite gewesen ist. Ein Porschefahrer und Schwiegermuttertyp, der den Kaffee für sich und die Gäste selbst aus der Einbauküche holt – nur für seltene Augenblicke verrät ein nervöses Zucken die Anspannung im Babyface.

„Hier stand ich, als am 11. September 2001 das erste Flugzeug einschlug, und ich konnte den Rauch sehen“, sagt Kreindler und zeigt auf das Fenster, das den Blick in den Süden Manhattans freigibt. „Einen Moment dachte ich an einen Unfall, doch dann kam schon krachend die zweite Flugzeugbombe – und ich spürte instinktiv, dass da ein großer juristischer Fall auf mich zukam.“

Auf dem Tisch der Kanzlei liegt ein Buch über die Geschichte der Luftfahrt – sie ist mit der Geschichte von Kreindler & Kreindler aufs engste verbunden. Vater und Sohn halten auch den Flugpassagier-Entschädigungsrekord in der Branche: 2,7 Milliarden Dollar zahlte die von den Kreindlers verklagte libysche Regierung nach über 15 Jahren an die Hinterbliebenen des Pan-Am-Anschlags. Von Tripolis angeheuerte Terroristen hatten am 21. Dezember 1988 den Jumbo über Lockerbie in die Luft gesprengt. „Wir besitzen einen Ruf, was solche Fälle angeht“, sagt Jim Kreindler. „Der Prozess um Nine-Eleven mag sich lange hinziehen, wir werden auch diesmal gewinnen.“

Aber stand Libyen nicht auf der US-Liste der Schurkenstaaten und war somit wesentlich leichter zu verklagen, als das bei führenden Politikern des mit Washington verbündeten Saudi-Arabien der Fall



Saudi-Arabien Innenminister Prinz Naif in Manama: Vorladung vom New Yorker Gericht

Zwei Millionen für einen Toten

Die US-Regierung entschädigt Terroropfer großzügig – und gerät doch ins Kreuzfeuer.

Muss die Familie eines von Terroristen ermordeten Fensterputzers die gleiche Entschädigungssumme bekommen wie die eines Bankchefs? Welches Preisschild trägt eine Verbrennung dritten Grades, die einen Kerngesunden zum Krüppel gemacht hat? Soll es einen Zuschlag für Schwangerschaften geben, für das durch Flugzeugsbomben zerstörte ungeborene Leben?

„Es war ein kalter, manchmal brutaler Akt, diese Dinge festzulegen“, sagt Kenneth Feinberg, 59. Der Rechtsanwalt aus Washington ist im November 2001, zwei Monate nach Nine-Eleven, vom US-Justizminister John Ashcroft und mit Unterstützung des amerikanischen Parlaments als „Special Master“ eingesetzt worden. Seine Aufgabe: Er sollte die Opfer der Qaida-Attentate auf das World Trade Center und das Pentagon mit staatlichen Geldern abfinden, das unendliche Leid wenigstens finanziell lindern.

Eine freiwillige Leistung der US-Behörden angesichts der schlimmsten je in Amerika begangenen Terrorat mit fast 3000 Toten war dies – und doch nicht die reine Selbstlosigkeit. Mit dem Akzeptieren des Schecks gingen die Opfer einen Deal ein: Sie verzichteten auf Klagen gegen staatliche Stellen wie die New Yorker Hafenbehörde sowie gegen die Flugsicherheit und die US-Airlines American und United.

Wer wie viel Geld vom Staat bekam, lag im Ermessen des „Victim Compensation Fund“ und seines Chefs. Feinberg kann sich heute zurücklehnen – die Mammutaufgabe ist bewältigt. Vor kurzem wurde der letzte Scheck verschickt, an 5560 Anspruchsberechtigte sind sieben Milliarden Dollar ausbezahlt worden. „Es war ein Erfolg, aber ganz ohne Probleme lief es dann doch nicht ab“, sagt der Jurist.

Feinberg hat ein Minimum von 250 000 Dollar Zahlung pro Sterbefall angesetzt, 100 000 zusätzlich für jedes überlebende Familienmitglied. Die Entschädigung für Verletzte – die meisten Feuerwehrleute – betrug von 500 Dollar für einen gebrochenen Finger bis zu 8,6 Millionen für Schwerstverbrannten. Im Durchschnitt erhielten Familien der getöteten Opfer zwei Mil-

lionen Dollar, die Verletzten um die 400 000 Dollar. Schwangerschaft war ein Kompensationsplus. Und ja, es gab so etwas wie eine Business-Hierarchie der Toten: Feinberg ließ vom letzten verfügbaren Gehaltszettel ein „erwartetes Lebensinkommen“ hochrechnen und stufte danach die Schadensersatzzahlungen ab. Das erboste einige, die über „Klassenjustiz“ klagten; andere verbitterte dagegen, dass Feinberg die hohen Lebensversicherungen der Reichen von der staatlichen Endsumme abzog.

Mit über 800 Betroffenen hat der Anwalt Direktgespräche geführt, mit Pakistanern und Polen über Dolmetscher. Der dreifache Vater wirkte dabei nach dem Urteil Beteiligter immer kühl, geradezu aufreizend geschäftsmäßig. Feinberg, in seiner Jugend Laienschauspieler, verzog nicht einmal die Miene, als ihn ein Mann anschrie, der Frau und Nichte in den zusammenstürzenden Twin Towers verloren hatte: „Sie glauben gar nicht, wie schmerzhaft für uns Ihre arrogante Art ist!“

Zwischenzeitlich bildeten die wegen der bürokratischen Verzögerungen beim Entschädigungsprozess aufgebrachten Opfer Selbsthilfegruppen mit Namen wie „Pentagon Angels“. 13 betroffene Familien reagierten trotz mehrfa-

cher Anschreiben überhaupt nicht auf die staatliche Kompensationsofferte – vielleicht, weil sie immer noch zu traumatisiert waren. Aber schließlich waren doch 98 Prozent der Anspruchsberechtigten im Boot des Fonds.

Natürlich gab es Streiffälle. Eine junge Dame aus der Dominikanischen Republik, illegal im Land und mit einem ums Leben gekommenen Restaurantangestellten verheiratet, klagte über dessen Verwandte, die sie bei den Behörden angeschwärzt hatten, um nach ihrer Ausweisung selbst an das Geld heranzukommen. Zwei Männer, die ihre Söhne verstoßen hatten, entdeckten nach deren Tod in den Trümmern ihre Vaterliebe neu, beanspruchten – und bekamen – Entschädigung. Eine Klägerin aus Brooklyn behauptet, sie hätte nicht nur die Wohnung, sondern ihr Leben mit einer vom Terror dahingerafften Maklerin aus den Hochhäusern geteilt – was deren Bruder nicht wahrhaben will und deshalb keinen Dollar vom Entschädigungsgeld herausrückt.

Trotz aller Erleichterung ist Feinberg heute anzusehen, wie ihn das alles mitgenommen hat. Der Schutzpanzer, den er sich aufgelegt hatte, ist abgefallen. „Ich habe die Emotionen bei diesem Fall unterschätzt“, sagt er leise. Im Nachhinein glaubt der „Special Master“, dass es womöglich eine bessere Idee gewesen wäre, alle getöteten Opfer mit einer Pauschalsumme zu bedenken.

Aber hätten die Nine-Eleven-Opfer vom Staat überhaupt entschädigt werden sollen? Da gab es ja auch den Terror von Oklahoma City, am 19. April 1995, als der amerikanische Rechtsradikale Timothy McVeigh die Bundesbehörde im Stadtzentrum angriff und mit seiner Bombe 168 Menschen tötete. Einige der Betroffenen von Oklahoma schrieben Feinberg jetzt böse Briefe. Sie haben nie eine Entschädigung bekommen und sehen nicht ein, warum ein Leben, das von ausländischen Terroristen ausgelöscht wurde, mehr wert sein soll als eines, das einem US-amerikanischen Massenmörder zum Opfer fiel.

Feinberg weiß keine Antwort: „Ich konnte nicht Salomon spielen, das war nicht meine Aufgabe.“



Anwalt Feinberg in New York
„Emotionen unterschätzt“

RICHARD PERRY / NEW YORK TIMES



TOPHAM / KEYSTONE

Terroropfer kurz nach dem Anschlag in der Nähe des Ground Zero von Manhattan: „Auf welcher Seite stehen Sie, Herr Präsident?“

ist? Hat Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi nicht letztlich freiwillig gezahlt, um sich so nach seinem Schwenk Richtung Westen die Gunst der amerikanischen und europäischen Regierungen zu erkaufen?

Der New Yorker Jurist mit besten Beziehungen zu Washingtoner Polit-Größen redet nicht gern über seine Strategie in Sachen Nine-Eleven. Seine Nachforschungen konzentrierten sich zunächst auf den Irak. Kreindler glaubte, konkrete Hinweise finden zu können, dass Saddam Hussein in den Twin-Tower-Terror involviert war – eine tote Spur. Erst danach setzt sein Team mit voller Kraft auf die saudi-arabische Fährte. Eine von der Kanzlei angeheuerte ehemalige CNN-Journalistin und ein Finanzexperte recherchieren für ihn weltweit. Auch in Koranschulen, wie islamistische Hetzschriften aus Pakistan auf dem Tisch der Kanzlei zeigen.

„Ich konnte den Rauch sehen, als das Flugzeug einschlug – und spürte, dass da ein juristischer Fall auf mich zukam.“

Mehr als zwei Millionen Dollar hat Kreindler bisher ausgegeben, um Belastungsmaterial an Land zu ziehen – vor allem gegen saudi-arabische Stiftungen. Dass sie al-Qaida förderten, erscheint dem Anwalt nicht nur logisch, sondern auch belegbar. Die Hürden für eine solche Beweisführung liegen nach amerikanischer Rechtsauffassung nicht so hoch wie etwa in Deutschland. In Sachen Terroristenunterstützung gilt eher: im Zweifel schuldig.

Das hat gerade wieder ein bahnbrechender Fall in Chicago belegt. Ein dortiges Gericht sprach am 8. Dezember den amerikanischen Staatsbürgern Joyce und

Stanley Boim 156 Millionen Dollar Schadensersatz für ihren in Israel bei einem Terrorüberfall der Hamas umgekommenen Sohn David zu. Zahlen sollen neben anderen zwei islamische Stiftungen in den USA, die Holy Land Foundation in Texas und das Quranic Literacy Institute in Illinois. Die Anwälte hatten vor Gericht nachgewiesen, dass Gelder dieser Organisationen an die Hamas gingen.

Für Kreindler ist dieses Urteil „der halbe Weg zum Sieg“ in seiner Sache. Er möchte jetzt leise auftreten, die amerikanische Regierung nicht brüskieren, „keine Brücken einreißen“. Er fürchtet, dass Präsident Bush einen Prozess aus politischen Gründen im letzten Moment stoppen könnte. Er setzt eher auf einen außegerichtlichen Vergleich als auf ein Gerichtsverfahren mit Schuldspruch. „Bei 340 Milliarden Dollar würde ich sofort einschla-

gen“, sagt Jim Kreindler und schafft es mit einem Anflug von Lächeln, selbst diese unvorstellbare Summe – sie gilt als angenommener Gesamtschaden von Nine-Eleven – als eine Kulanz seinerseits erscheinen zu lassen.

Nein, er will die Kreise der Condoleezza Rice nicht stören, sich nicht als Neben-Außenminister aufspielen. Es ist kein Bulldozer, der da die Tür zum Geldtransporter einrammt – ein Gentleman bittet zur Kasse. Nur schlimm für den ewigen Klassenprimus, dass er diesmal nicht die Nummer eins auf seinem Feld ist. Neben ihm auf der Gerichtsbank sitzt ein zweiter promi-

enter Kläger. Einer, der mit seinem Expertenteam nun schon an die 20 Millionen Dollar für exklusive Dokumente und Infos ausgegeben hat. Eine richterliche Verfügung schweißte die beiden Stars gegen ihren Willen zusammen; ihre Klagen wurden als zu ähnlich empfunden und gebündelt, Gerichtsstand New York.

„Der Andere ist einfach kein gut erzogener Mensch“, sagt eine von Kreindlers Mitarbeiterinnen leise beim Abschied. „Allein schon dessen vulgäre Sprache – nannte der doch den Botschafter Turki einen ‚Prinz Aufgeblasen‘ ...“. Die Dame schüttelt sich.

CHARLESTON, SOUTH CAROLINA, Stadt der Villen vermögender Plantagenbesitzer und Heimat romantischer Pflastersteingässchen. Historischer Ort, an dem 1861 die ersten Bürgerkriegsschüsse fielen, geheimnisvolles Grisham-Country von heute: Hier an der Gedenkstätte Patriots Point ist Staranwalt Ron Motley, 60, zu Hause – „der Andere“.

Das neue Bürogebäude seiner Anwaltsfirma überblickt die ganze idyllische Bucht der Südstaatenstadt. Aber meist hält sich Motley nicht in dem Glaspalast auf, er ist kein Mann für Büros, und seien sie noch so großzügig. Er braucht Freiheit, frische Salzwasserluft, und so residiert er auf seinem Boot. Die Yacht mit drei Decks hat mehrere Gästezimmer, Bäder und Bars, Fax und E-Mail sowieso. Viel Plüsch, bunte Bilder, über deren Geschmack sich streiten lässt – ein Neureichen-Dorado.

Motley lümmelt sich auf seine Couch in der guten Stube der Yacht, in Jeans und Badelatschen. Und sagt mit geballter Faust: „Die Hintermänner des Terrors bluten zu



Al-Qaida-Führungsspitze Sawahiri, Bin Laden, Atif (1997): Mit allen Mitteln gegen die verhassten Amerikaner

lassen – Sie glauben gar nicht, was für ein Herzensbedürfnis das ist, wie sehr mir das Spaß macht.“

Das 20-Millionen-Dollar-Schiff ist die Schaltzentrale des Mannes, der von sich behaupten kann, einer der beiden erfolgreichsten Anwälte der USA zu sein. Gegen Amerikas Asbest-Hersteller hat er gestritten und den an Giftstoffen Erkrankten zu ihrem Recht – und vielen Millionen – verholfen. Sein größter Fall aber war Big Tobacco: Die meisten seiner Kollegen und eine skeptische Öffentlichkeit hätten nie geglaubt, dass man gegen die mächtigen Konzerne gewinnen könnte. Er aber trieb sie an den Rand des Ruins, erzwang Warnaufdrucke auf den Packungen und half mit, das Gesicht eines ganzen Industriezweigs wesentlich zu verändern. So nebenbei machte ihn der Kampf für seine Klienten durch die Anteile an deren Entschädigungen um zwei Milliarden Dollar reicher – die größte derartige Summe, die je in Anwaltsfaschen floss.

John Grishams Helden aus den Thrillern „Der Regenschirm“ und „Die Schuld“ wirken wie Abziehbilder des Mannes aus Charleston. Motley ist keiner, der mit goldenen Löffeln in eine Anwaltskanzlei hineingeboren wurde. Kein aalglatter Erbe, sondern ein Selbmademan mit Kanten und Ecken (und einem schaurig-schönen Südstaatenakzent). Er hat keinen Beruf. Er hat: eine Mission.

Motley wuchs meilenweit weg vom Yachthafen auf, jenseits der reichen Viertel der Stadt. Schwarze Jugendbanden kontrollierten die Straßen der Arbeitergegend; er half als Steppke an der Tankstelle seines Vaters, da konnte er kaum den Benzinschlauch anheben. Er verdiente sich sein Studium, wollte hoch hinaus: ein David sein, der es „für den kleinen Mann“ mit

den umweltvergiftenden Goliaths dieser Welt aufnahm, die Rechtsverordnungen seine Schleuder.

Er wurde 1977 jüngster Präsident der Anwaltsvereinigung des Bundesstaates South Carolina – und erregte nicht nur durch die Wahl seiner Fälle Aufmerksamkeit, sondern auch durch sein eigenwilliges Auftreten vor Strafkammern. Motley bereitete sich immer glänzend auf seine Fälle vor, aber bei der scharfzüngigen Argumentation beließ er es nicht: Er war auch ein Showman. Einmal zog er im Gerichtssaal zu Demonstrationszwecken eine Wasserpistole aus dem Ärmel, ein anderes Mal trat er mit einem Spielzeug-Stethoskop auf. Die Jurymitglieder liebten ihn für solche Einlagen, während die Traditionalisten indigniert die Köpfe schüttelten.

Und viele sagten auch: Es ist etwas krank mit einem Rechtssystem, das aus Anwälten „Ambulanzenjäger“ macht, die unmittel-

1999 haben hochrangige amerikanische Politiker die Saudis in Sachen Terrorfinanzierung wiederholt gewarnt. Sie wurden weitestgehend ignoriert. Jetzt sollten sich die Hintermänner vor einem amerikanischen Gericht verantworten müssen.“

Woher aber könnten Motley und seine Mannschaft präzisere Informationen über die Verwicklungen einzelner Banken, Wohlfahrtsverbände und Politiker erhalten als etwa westliche Geheimdienste?

„Indem wir Spitzenleute mit ausgewiesenen Connections für unsere Recherchen anwerben, allen voran Jean-Charles Brisard, den französischen Top-Ermittler“, sagt Motley. „Mal angenommen, Sie sind ein Ex-Taliban, hätten eine Computerfestplatte mit Qaida-Informationen oder ein Mullah-Omar-Dokument, würden Sie's dem FBI geben oder einen Moment über einen besseren Abnehmer nachdenken? Sie könnten anschließend in Guantanamo

„Mal angenommen, Sie hätten Qaida-Informationen, würden Sie die dem FBI geben oder einen anderen Abnehmer suchen?“

bar nach Katastrophen Klienten einsammeln – um dann mit einer möglichst großen Anzahl möglichst eindrucksvolle (und einträgliche) Klagen zu formulieren. Außerdem: Es mag ja beweisbar sein, dass Asbest, Tabak oder ein bestimmtes Schmerzmittel Menschen töten können – aber ist nicht der internationale Terrorismus ein ganz anderes Spielfeld, dessen Abgründe und Zusammenhänge sich Anwälten kaum erschließen können?

„Der Terrorismus ist die neue Geißel, die unser Volk bedroht – ich finde es patriotisch, da weiterzumachen, wo unsere Regierung offensichtliche Schwierigkeiten hat, sich durchzusetzen“, sagt Motley. „Seit

landen, wo es ja nicht immer beschaulich zugehen soll.“

Zwei Millionen Dokumente aus 35 Ländern sind jetzt schon in den Panzerschränken der Charleston-Kanzlei gespeichert. Darunter ein Computerausdruck, der dem im November 2001 getöteten Qaida-Militärchef und Bin-Laden-Intimus Mohammed Atif gehört haben soll; der Verkäufer wollte 80000 Dollar haben, die Motley umgehend nach Dubai überweisen ließ. Sein Recherche-Team entdeckte auch ein Dokument, das Taliban-Chef Omar unterschrieben haben soll, eine Direktive, „zwei Millionen Dollar saudischer Hilfe“ an einen zentralasiatischen Terroristen weiterzuleiten.

Motley nennt die etwa ein Dutzend Hauptinformanten seines Teams nur beim Vornamen. Wenn er etwa von „Arnold dem Albaner“ spricht, hat das etwas von der Theatralik eines Hollywood-B-Movies. Und doch ist seine Vorsicht wohlbegründet: Einer seiner Mitarbeiter verschwand im vorvergangenen Jahr unter ungeklärten Umständen im Nahen Osten. Motley erhielt Todesdrohungen. Er hat seinen Leibwächter aus den Zeiten der Tabak-Gerichtskriege wieder angeheuert, aus den Achtzigern, als es auch Drohbriefe und Anrufe gab – einen muskelbepackten afroamerikanischen Ex-Army-Sergeanten.

Motley konstatiert, dass die Bush-Regierung bei den Ermittlungen gegen Saudi-Arabien alles andere als behilflich sei. Dazu passt, dass Charles Freeman, der frühere US-Botschafter in Riad, schon abschätzig von einer „Privatisierung der amerikanischen Außenpolitik“ gesprochen hat.

„Das ist doch Unsinn“, sagt Motley und sieht mit der aufsteigenden Zornesröte in seinem Gesicht aus, als stehe sein Adrenalinpegel kurz vor dem Überfluten. Aber Motley weiß natürlich auch, dass die Familien Bush und Saud – nach einer monatelangen Entfremdung durch die mangelnde Kooperationsbereitschaft des nahöstlichen Königshauses bei der Verfolgung von Terrorsuren – erneut enger zusammengedrückt sind: Der US-Präsident betrachtet die Monarchie wieder als einen potentiellen strategischen Partner im Nahen Osten.

Die Houston-Dschidda-Connection geht in die siebziger Jahre zurück. Vater Bush arbeitete bis vor kurzem noch als Chefberater der Investmentfirma Carlyle Group, für die er regelmäßig in Riad Besuche machte und zu deren Geldgebern bis zum Jahr 2001 Bin-Laden-Familienmitglieder gehörten. Der jahrelange direkte Draht zwischen dem Weißen Haus und dem Königspalast im Wüstenreich half, das große Geschäft – Erdöl gegen US-Waffen – bis Nine-Eleven wie geschmiert laufen zu lassen.

Nur wahnwitzige Verschwörungstheoretiker können daraus eine Komplizenschaft mit gemeinsamen Terrorinteressen konstruieren. Aber peinliche Aspekte hat die so besonders enge Partnerschaft dann doch. „Offizielle Quellen“ verkündeten vor knapp zwei Jahren, die Regierung plane, die Zulassung gegen Saudis gerichteter Verfahren durch die Justiz grundsätzlich zu stoppen. Opferfamilien veranstalteten daraufhin Demonstrationen, ob und wie die von Motley angeregt wurden,

mag der Anwalt nicht sagen. „Auf welcher Seite stehen Sie, Herr Präsident? Auf der Seite der Opfer, auf der anderen?“, hieß es bei den Märschen. Seither hört man nichts mehr von einer Bush-Intervention bei den Gerichten.

„Der Richter wird ganz allein entscheiden“, sagt Motley. Er möchte, anders als sein Kollege Kreindler, nicht mit der Regierung taktieren, auch keinen Milliardenvergleich. Der Kampfeslustige will einen Prozess, „und zwar möglichst mit dem gestrigen Tag beginnend“.

Motley kann, sagen seine Freunde, gar nicht anders als mit Wut im Bauch kämpfen. Das war bei den Asbest-Klagen so, wo er sich mit den todkranken Betroffenen anfreundete, vor dem Richter ein von brillanter Kühle gezeichnetes Plädoyer hielt, aber sich in den Pausen aus Mitleid auf der Gerichtstoilette die Augen aus dem Kopf heulte. Das war bei den Tabak-Verfahren so, wo ihm immer das Bild seiner Mutter vor Augen schwabte; die Raucherin starb an Krebs. Das ist heute so, wo er davon spricht, „diese Bilder des Leids von Nine-Eleven nicht aus dem Kopf zu kriegen und die Schuldigen festzunageln“.

Der Weltverbesserer ist schwierig für seine Umwelt. Mal sensibel, mal brachial, immer fordernd, selten verbindlich: ein Schwiegermutter-Alptraum. Dreimal schon wurde er geschieden und ist, wie er der

„New York Times“ in einer schwachen Stunde gestand, gelegentlich zu heftig dem Alkohol zugetan. Schicksalsschläge blieben dem Super-Erfolgreichen nicht erspart: Sohn Mark starb, kurz vor Nine-Eleven, mit 28 Jahren bei einer Operation.

Der Anwalt hat alle Insignien eines Super-Erfolgreichen: die Yacht, drei Privatflugzeuge, über die er verfügen kann, sein prächtiges Büro. Motley als Nummer eins, das ist sein Lebensprogramm. Für das Erinnerungsfoto besteht er darauf, ein Jackett überzustreifen – und eine besondere Anstecknadel vom FBI anzulegen. „Ich bin der Einzige, der die besitzt“, sagt er.

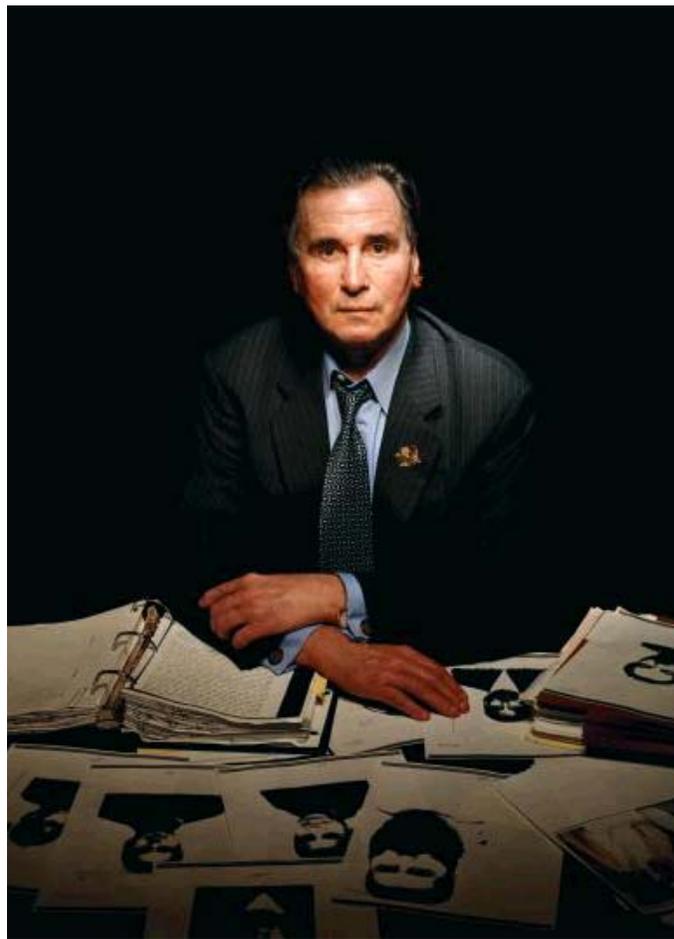
„Schade, dass er seine Super-Yacht nicht so richtig genießen kann“, sagt der Mitarbeiter, der die lange Strecke entlang der Marina für Gäste mit einem Golfcart bedient und von seinem Boss in höchsten Tönen schwärmt. Warum sollte er das nicht können? „Er wird seekrank, sobald man die Leinen losmacht.“

LAUSANNE, SCHWEIZ, dort wo es am verschwiegsten und unscheinbarsten ist. Ein Haus in einiger Entfernung vom touristischen Genfer See. Hier oder in Paris versammelt Jean-Charles Brisard, 36, zweibis dreimal im Monat sein Team von einem halben Dutzend Rechercheuren. Und schickt sie, wenn er wieder einmal einen Tipp bekommen hat, hinaus in die Welt.

Beispielsweise nach Afghanistan, Jordanien oder in den Sudan, dorthin, wo ein Ex-Qaida-Mann Unterlagen verkaufen, ein Nachrichtenhändler gegen gute Dollar auspacken will. Brisard, von der Anwaltskanzlei Motley Rice als Chefermittler verpflichtet, gilt weltweit als einer der besten Kenner des Qaida-Netzwerks und seiner Finanzstrukturen.

Ein Mann, der ein Zimmer betreten kann, ohne dass man es merkt; ein Mann, den Augenzeugen bei einem Unfall in etwa so beschreiben würden: mittelgroß, mittelschlank, Haarfarbe vielleicht eher blond oder doch braun, irgendwie gutaussehend, aber auch nicht gerade filmreif, keine besonderen Merkmale. Bevorzugte Hemd-, Hosen- und Jackett-Farbe: ein unauffälliges Schwarz. Durchschnittstyp eben, äußerlich. Aber nur äußerlich. Kenner der Terrorismusszene nennen ihn „Sherlock Holmes den Zweiten“ oder auch „den Schattenmann“.

Der Franzose wird sehr schmallippig, wenn er zu seinem Werdegang Auskunft geben soll. Ende der Neunziger war er nach eigenen Angaben als Chef der „Business Intelligence“ beim



Anwalt Motley mit Terrorakten in Charleston: „Sie sollen bluten“



VALÉRIE MÉRARD / OPALE

Terrorermittler Brisard in Paris: Geheiminformationen vom „Schattenmann“

Konzern Vivendi beschäftigt, mit erkennbar guten Beziehungen zum heutigen Staatspräsidenten Jacques Chirac. Dann gründete er eine „private Wirtschaftsauskunftei“; bei einem Geheimdienst angestellt will der Qaida-Experte nie gewesen sein.

Wie gut seine Kontakte zur Welt der Schlapphüte sind, zeigt ein Dokument „über das wirtschaftliche Umfeld der Familie“ des Chefterroristen, das er in seinem Buch „Die verbotene Wahrheit“ abdrucken ließ: „Die entsprechenden Ermittlungen wurden im Auftrag eines französischen Nachrichtendienstes durchgeführt.“ Für den Uno-Sicherheitsrat schrieb Brisard darüber hinaus einen mit großem Respekt aufgenommenen Report über die Finanzströme der Qaida.

Doch der Fachmann wählt gelegentlich Formulierungen, die seinen Gegnern Entgegnungsmöglichkeiten bieten. So bleibt zwar unbestritten, dass die saudi-arabisch dominierte Bank of Credit and Commerce International nicht nur von Waffenhändlern und Drogenbaronen, sondern auch von der Qaida als Zentrum ihrer Transaktionen genutzt wurde – die BCCI ging Pleite. Aber Chalid Bin Mahfus, ihr früherer Großaktionär und lange Zeit auch gerngesehener Geschäftspartner der Bush-Familie, bestreitet vehement, Bin Laden bei Anschlügen gegen die USA geholfen zu haben. Er prozessierte erfolgreich gegen Brisard, der ihn „Bankier des Terrors“ genannt hat.

Brisard ermittelt jetzt in viele Richtungen, vor allem gegen Banken und Stiftungen. Wie in einem Puzzle trägt er dabei Informationsschnipsel zusammen, versucht, sie zu einem Gesamtbild zusammenzufügen – beispielsweise gegen die saudi-arabische Al-Haramein-Stiftung (die Riad nun selbst ins Visier genommen hat) oder gegen die International Islamic Relief Organisa-

tion (in der islamischen Welt immer noch hoch geachtet). Er profitiert bei seinen Recherchen von seinen Beziehungen – und, wie er meint, besonders vom Misstrauen vieler nahöstlicher Regierungsstellen gegenüber den offiziellen amerikanischen Stellen. In Europa lobt er vor allem den Gedanken- und Informationsaustausch mit den „hochprofessionellen“ deutschen und spanischen Behörden. Gelegentlich habe er Madrid auch mit Dokumenten aus Berlin versorgt – und umgekehrt. „Erstaunlich, wie wenig koordiniert innerhalb der EU die Nachrichtenkanäle noch immer sind“, sagt der Schattenmann.

Was sind die größten Schätze, die in seinen eigenen Verstecken und in den Tresoren von South Carolina lagern? Gibt es die

„Ich werde jedenfalls optisch nicht abgelenkt“ – sagt der blinde Richter, der über die Milliardenklage entscheidet.

Schweizer Bankauszüge von Osama Bin Laden wirklich, die detaillierten albanischen Geheimdienstberichte zum Chefterroristen, von denen man in Charleston unter der Hand erzählt, die entlarvenden Computerfestplatten von Haramein-Spendern, die Brisard auf dem Schwarzmarkt dem FBI vor der Nase weggekauft haben soll?

Der Ermittler hält sich bedeckt, sagt nur: „Wir haben wahrscheinlich das weltbeste Qaida-Archiv. Und wann immer wir den Eindruck hatten, dass unsere Informationen eine akute Bedrohung enthielten, informierten wir sofort die US-Behörden.“ Was im Umkehrschluss heißt: Motley, Brisard & Co. haben sich für den Prozess einige Überraschungen aufgehoben.

Dass allerdings auch die Profi-Ermittler nicht nur auf Gold stoßen, zeigt die Ent-

täuschung mit dem Mohammed-Fakihi-Computer. Den PC des saudi-arabischen Ex-Diplomaten, der wegen Verbindungen zu Terroristen Deutschland Anfang 2003 verließ, kauften die Privatermittler nach aufregenden Recherchen, versprachen sich sehr viel davon – doch alle bisher gefilterten Texte erwiesen sich als denkbar banal.

Brisard reist viel, zur Koordinierung mit seinen Auftraggebern nach New York und Charleston, oft aber auch nach Syrien, Jordanien und Pakistan. Der „Schattenmann“ weiß, dass er gefährlich lebt. Nein, einen Leibwächter beschäftigt er nicht, aber er treffe Vorkehrungen und steige nicht immer unter seinem Namen ab, sagt Brisard. Dann verabschiedet er sich, verschwindet unauffällig, schnell in der Masse von Menschen untertauchend: ein Handlungsreisender in Sachen Terrorismus.

EIN RICHTERSAAL IN MANHATTAN SÜD, Nummer 14 C, dunkler, grüner Teppich, lederbezogene Stühle für die Anwälte, vor denen Wasserkannen und Pappbecher stehen. Ein Ledersessel für den Richter. Hohe Fenster, durch die das Sonnenlicht eines strahlend blauen New Yorker Tages hereinbricht – ein Morgen, fast so klar und perfekt wie der am 11. September 2001.

Der Saal zu dieser Vorverhandlung in Sachen Opfer gegen Saudi-Arabien ist überfüllt, vor allem durch Rechtsanwälte, an die 50 müssen es sein. Natürlich sind Kreindler und Motley da, nebst ihren Adlaten; dazu erschienen auf der Klägerseite die Juristen des Anleihenmaklers Cantor Fitzgerald, einst in den Stockwerken 101 bis 105 im Nordturm des World Trade Center mit seinen Büros vertreten, und die Rechtsbeistände der Hafengebörde – diese beiden Gruppen haben sich mit ihren Klagen im September, kurz vor Anmeldeschluss, noch an das Vorverfahren angeschlossen.

Ihren Auftritt zelebriert aber auch die Gegenseite. Das juristische Aufgebot, das die saudi-arabischen Größen repräsentiert, gehört zum Feinsten. Bis zu fünf Millionen Dollar haben die Beklagten für die Übernahme des Mandats angeboten. Riads Verteidigungsminister Prinz Sultan etwa lässt sich von der Firma Baker Botts vertreten, was damit zu tun haben könnte, dass sich mehr Nähe zum Weißen Haus nicht kaufen lässt: James Baker, ehemaliger Außenminister unter Bush senior und von Bush junior erst im vorvergangenen Jahr in Sachen irakischem Schuldenerlass als Sondergesandter nach Europa geschickt, ist einer der beiden Namensgeber der Firma.

Inmitten dieses Klassentreffens der Top-Anwälte platzt der Richter wie ein Fremdkörper. Alle stehen auf, während es sich der weißhaarige Mann mit den milden Ge-

sichtszügen umständlich hinter der Bank bequem macht. Zu seinen Füßen sitzt ein Labrador mit matt glänzendem schwarzem Fell, den er in den Großen Strafsaal mitgebracht hat und den er nun zärtlich krault. Dann legt er seine Hand über die Augen, immer wieder, als bedrücke ihn etwas. Die einfallenden Sonnenstrahlen können es nicht sein, die ihn stören. Es gibt überhaupt kein Licht mehr, das ihn stört – oder erfreut: Bundesrichter Richard Conway Casey, 71, ist blind.

Er hat fast sein ganzes Leben gesehen. Am College of the Holy Cross in Massachusetts spielte er begeistert Football, mit 25 machte er sein Prädikatsexamen an der Georgetown University. Und dann hat Gott, an den der überzeugte Katholik so fest glaubt, das Licht auch nicht mit einem einzigen Unfall-Schlag ausgeknipst: Gott hat es vielmehr gedimmt, über einen Zeitraum von über 20 Jahren. 1964 wurde bei Casey eine unheilbare Augenkrankheit diagnostiziert. Er konnte im Januar 1987 noch den Superbowl-Sieg seiner geliebten New York Giants einigermaßen mit ansehen. Einen Monat später war er ganz in die Dunkelheit geworfen.

Casey, erfolgreich als Jurist im Staatsdienst wie als Chef seiner Anwaltsfirma, war nahe dran aufzugeben. Er hatte sich bewusst nicht auf die Behinderung vorbereitet, weder Brailleschrift noch den Umgang mit Blindenhunden geübt. Doch vor der Alternative, „mich gleich ins Grab zu legen oder es noch einmal anzugehen“, entschied er sich nach einer Zeit der Resignation für den Kampf. Und bewältigte seine juristischen Aufgaben so gut, dass ihn US-Präsident Bill Clinton 1997 als Bundesrichter vorschlug. Bei dem Bestätigungsverfahren wurden kritische Fragen gestellt: Wie würde er als Blinder die Glaubwürdigkeit einer Zeugin messen, ohne ihr in die Augen sehen zu können?

„Ich werde jedenfalls nicht durch die Schönheit ihres Gesichts oder durch die aufreizende Figur optisch abgelenkt“, entgegnete Casey. Und bekam den Job.

Dass ihn das persönliche Leiden in seinen Urteilen nachsichtiger machte, lässt sich nicht belegen. Sicher aber ist, dass er seine Entscheidungen noch eigenwilliger abzuwägen begann. Ein ebenso gefürchteter wie geachteter Richter, den politische Einflussnahme von ganz oben wohl eher noch mehr zur Unabhängigkeit anstacheln würde; ein Gläubiger in Justitias Sehkraft, 1999 im Vatikan von Papst

Johannes Paul II. für „außergewöhnliche Leistungen bei der Förderung christlicher Werte im Bereich des Rechts und der Moral“ ausgezeichnet.

Übermäßige Geduld gehört nicht zu den christlichen Eigenschaften, mit denen Casey gesegnet ist. „Sie haben 90 Minuten für Ihre Argumente“, sagt der blinde Richter zu Anklägern und Verteidigern.

Kreindler und Motley würdigen sich bei ihren Kurzvorträgen keines Blickes. Der Gentleman aus New York finessiert mit Argumenten und setzt wohlausgeklügelte Florett. Der Brachiale aus dem Süden hämmert, eine Hand in der Hosentasche, seine Punkte gegen „diesen Mister Bin Ladin und seine Helfershelfer“. Es geht unter anderem um Prinz Sultan und Zahlungen an eine jener Stiftungen, die im Verdacht stehen, Terroristen finanziert zu haben: 266 000 Dollar alle zwölf Monate habe der Verteidigungsminister überweisen lassen, 16 Jahre lang – so Motley.

Der Rechtsanwalt von Baker Botts verbittet sich im Namen seines Klienten „Unterstellungen“ dieser Art: „Der Prinz ist seit mehr als 40 Jahren Verteidigungsminister und hat all die Jahre darauf verwandt, die guten Beziehungen zu den USA auszubauen. Er ist Mitglied einer Regierung, die Osama Bin Laden die Staatsbürger-

schaft entzogen hat und den islamistischen Terror bekämpft.“

„Aber das kann doch allenfalls für heute gelten, vor zehn Jahren galt es eben noch nicht“, sagt Anwalt Kreindler.

In diesem Stadium des Verfahrens müssen Kreindler, Motley und Co. keinem der Beklagten die wissentliche Unterstützung der Qaida nachweisen. Sie müssen nur so viele Hinweise vorlegen, dass der Richter beschließt, weitere Nachforschungen zuzulassen. „Pretrial Discovery“ heißt das System, das allen Juristen in Zivilprozessen das Recht gibt, wie Staatsanwälte aufzutreten. Die Parteien müssen dann geheime Akten öffnen, zu Vernehmungen antreten.

Einer wirkt im Gerichtssaal ausgesprochen deplatziert: John Ashton – und dabei steht er als eines der Terroropfer doch eigentlich im Mittelpunkt (er gab, aus alphabetischen Gründen, der Klage sogar seinen Namen). Der übergewichtige Mann mit dem unscheinbaren Pullover und der Goldkette hat unbemerkt in der letzten Reihe im Gerichtssaal Platz genommen und verfolgt nun das Geschehen um ihn herum sichtlich ratlos. Sein 21-jähriger Sohn Tommy ist in den Trümmern der Twin Towers ums Leben gekommen. Der Vater will dabei sein, wenn „endlich die Schuldigen bestraft werden“.

Geht es in diesem Verfahren um Rache? Um Recht? Oder doch nur primär um den Reibach raffgieriger Rechtsanwälte und auf den Millionen-Geschmack gekommener Opferfamilien?

Prinz Bandar, seit über 20 Jahren Botschafter Saudi-Arabiens in Washington und mit der amerikanischen Präsidentenfamilie so herzlich verbunden, dass er überall nur „Bandar Bush“ heißt, empört sich: „Wir töten und verhaften Terroristen. Motley versucht, mit der Tragödie der Menschen Geld zu verdienen.“ Und doch haben internationale Experten und selbst US-Senatoren das Königreich immer wieder als „Epizentrum des Terrors“ angeklagt.

Pünktlich vertagt Richter Casey die Sitzung im Gerichtssaal 14 C. Kann sein, dass er in einigen Tagen entscheidet, das ganze Verfahren zu stoppen. Oder nur eine Klage gegen Banken und Stiftungen, nicht aber gegen einzelne hochrangige ausländische Politiker zuzulassen. Oder dass er den Anwälten Feuer frei gibt in alle Richtungen.

Niemand in den juristischen Zirkeln Amerikas wagt eine Prognose. Und der Richter lässt keine Präferenzen erkennen. ◆



Richter Casey, Blindenhund in New York: Orden vom Papst